



## **Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 06.07.2009

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele  
Frau Stadträtin Drews  
Herr Stadtrat Dullenkopf  
Herr Stadtrat Funk  
Herr Stadtrat Garlin  
Herr Stadtrat Gehring  
Frau Stadträtin Handtmann  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Lemli  
Herr Stadtrat Späh  
Frau Stadträtin Vollmer  
Herr Stadtrat Wiest

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Hagel  
Herr Stadtrat Zügel

entschuldigt:

Herr Stadtrat Etzinger  
Herr Stadtrat Rieger

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung  
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen  
Herr Fessler Ordnungsamt  
Herr Kopf, Hochbauamt ab TOP 4  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Bürgermeister Kuhlmann  
Herr Maucher, Umweltschutz  
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport  
Herr Raumel, Stadtbücherei ab TOP 2  
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer  
Herr Simon, Hauptamt  
Herr Walz, Gebäudemanagement  
Herr Erster Bürgermeister Wersch

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Rechtsgültigkeit der Kommunalwahlen	
2.	Fortführung des Präsenzdienstes in den Jahren 2010 und 2011	124/2009
3.	Konjunkturprogramm II - Sanierung Außentüren Stadthalle und Heizungssanierung Mehrzweckhalle Rißegg hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe	125/2009
4.	Anschaffung eines interaktiven Boards für Klassenführungen in der Stadtbücherei	65/2009 - 1
5.	Verschiedenes	
5.1.	BIFA	
5.2.	Europastadt	

Die Mitglieder wurden am 25.06.09 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 29.06.09 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1    Rechtsgültigkeit der Kommunalwahlen**

OB Fettback lässt wissen, das Regierungspräsidium habe die Kommunalwahlen für rechtsgültig erklärt.

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 124/2009 zur Vorberatung vor.

OB Fettback hebt auf das gesamte Sicherheitspaket ab, wovon der Präsenzdienst nur einen Teilaspekt darstelle. Es entstünden Mehrkosten, da der Dornahof eine bewährte Mitarbeiterin in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis überführt habe. Auch wenn sich finanziell die Zeiten vorübergehend geändert hätten, müsse man bei gut laufenden Projekten diese Zeit überbrücken und die Projekte fortführen. Das Zusammenspiel zwischen Vollzugsdienst und Präsenzdienst sei positiv und solle beibehalten werden. Der Vollzugsdienst werde um eine weitere Stelle, die der Gemeinderat beschlossen habe, ergänzt. Damit erreiche man eine qualitative Aufwertung des Präsenzdienstes.

StR Abele meint auch, beim Präsenzdienst handle es sich um den Teil eines umfangreichen Sicherheitspakets. Dieses funktioniere und sei eine Maßnahme, die schnell Wirkung entfalte. Er habe positive Rückmeldungen, auch aus persönlichen Gesprächen erhalten und wisse, dass auch der Polizei eine Fortführung des Präsenzdienstes wichtig sei. Insgesamt handle es sich um eine erfolgreiche Maßnahme, die nicht an Mehrkosten von 10 000 Euro scheitern dürfe. Die Verknüpfung mit dem Vollzugsdienst sei sehr gut und man erhoffe sich dadurch positive Auswirkungen auf den Präsenzdienst. Er regt an, auch das Areal um die Stadthalle in das Aufgabengebiet des Präsenzdienstes zu übernehmen.

StR Lemli bemerkt, die Weiterentwicklung des Präsenzdienstes gefalle ihm sehr gut. Man reagiere damit auf unterschiedliche, sich verändernde Gegebenheiten. Durch die Zusammenarbeit mit dem Vollzugsdienst steige die Qualität. Als Fazit stellt er fest, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sei besser geworden und der Vandalismus sei zurückgegangen. Die Polizei arbeite gern mit dem Präsenzdienst zusammen. Es fänden gegenseitige Absprachen statt. Er vermisst jedoch harte Zahlen, z. B. zur Anzahl der Anzeigen, Platzverweise oder Verwarnungen und bittet, die nächste Vorlage um diese Informationen zu ergänzen. Er lobt den Präsenzdienst und dankt den Mitarbeitern des Dornahofs.

StR Zügel meint, die gefühlte Sicherheit sei ein hohes Gut und diese habe sich tatsächlich verbessert. Dass mit dem Projekt auch noch eine soziale Komponente verbunden sei, sei erfreulich. Er lobt und dankt hierfür. Die Einrichtung sei den Bürgern dienlich. Die Polizei sei damit nicht aus der Verantwortung. Die Freien Wähler stimmten der Vorlage zu.

StR Späh bezeichnet den Präsenzdienst als wichtigen Baustein des Sicherheitskonzepts. Die Umwandlung eines Arbeitsplatzes in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis sei gut und gewollt. Er meint, eventuell könne man einen anderen Preis oder Zuschuss für diese tolle Einrichtung erreichen. Der Dornahof leiste gute Arbeit, wofür ihm Dank gebühre. Die Kopplung des Präsenzdienstes mit dem Vollzugsdienst ermögliche wirksamere Einsätze. Er fragt nach den Entscheidungsgründen dafür, dass der Präsenzdienst teilweise schon jetzt bis morgens im Einsatz sei.

StR Funk schickt voraus, er sei für den Präsenzdienst. Auffallend sei jedoch die Kostensteigerung von 39 %. Er finde es gut, dass der Präsenzdienst keine polizeilichen Befugnisse habe. Die gute Zusammenarbeit mit der Polizei sei eine Selbstverständlichkeit, denn sie bzw. das Land Baden-Württemberg seien eigentlich für die Sicherheit zuständig.

Er spricht die Reißinsel an, auf der seines Erachtens katastrophale Zustände herrschten und viele freilaufende Hunde festzustellen seien. Neulich sei ein Kind von einem Schäferhund gebissen worden. Er fragt, ob dies auch Thema des Präsenzdienstes sei.

Herr Fessler antwortet, es sei eine Abdeckung dieses Gebiets mit dem Vollzugsdienst geplant. Der Präsenzdienst überwache bislang nur, ob sich jemand auf der Reißinsel aufhalte.

OB Fettback macht auf den Leinenzwang im gesamten Stadtgebiet aufmerksam.

Natürlich sei die Sicherheit eigentlich Landesaufgabe. Richtig sei aber auch, dass die örtliche Polizei gut mit dem Präsenzdienst zusammenarbeite, was nicht überall so sei, denn private Sicherheitsdienste seien bei der Polizei nicht überall gerne gesehen. Zahlen könne man gerne liefern, sofern Erfahrungen vorlägen.

Herr Maucher lässt wissen, nach Aussage von Herrn Knöpfel komme es immer wieder vor, dass der Präsenzdienst in Einzelfällen länger im Einsatz sei. OB Fettback nennt als Beispiel Sonderveranstaltungen wie die IBOT oder das Gym-Festival.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß dem Beschlussantrag der Verwaltung zu beschließen.**

**TOP 3    Konjunkturprogramm II - Sanierung Außentüren Stadthalle und Heizungssanierung Mehrzweckhalle Rißegg  
hier: Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe**

**125/2009**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 125/2009 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf ist nicht ersichtlich, warum die Außentüren der Stadthalle unbedingt saniert werden müssten. Optisch sei nichts erkennbar.

StRin Kübler findet es bedauerlich, dass der Planer der Mehrzweckhalle in Rissegg zu spät festgestellt habe, dass die Haustechnik eine Steuerung erfordere. Dies hätte ins Konjunkturprogramm aufgenommen werden können.

StR Funk fragt sich, warum überhaupt ein Beschluss erforderlich sei, da der Gemeinderat doch das Konjunkturpaket beschlossen habe.

Herr Walz lässt wissen, bei den Türen handle es sich um 13 Außentüren, hauptsächlich Fluchttüren, die nicht mehr richtig schlössen und daher in einem Aufwand ausgetauscht werden sollten.

OB Fettback bemerkt auf die Frage von StR Funk, man habe zugesagt, dass die Einzelmaßnahmen je nach Umfang den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorgelegt würden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die außerplanmäßige Ausgabe für die Sanierung der Außentüren Stadthalle wird mit 100.000 € bei einem Eigenanteil der Stadt von 25.000 € wie in Drucksache Nr. 125/2009 dargestellt genehmigt.**
- 2. Die außerplanmäßige Ausgabe für die Heizungssanierung Mehrzweckhalle Rißegg wird mit 110.000 € bei einem Eigenanteil der Stadt von 31.155 € wie in eben dieser Vorlage dargestellt genehmigt.**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 65/2009 - 1 zur Vorberatung vor.

OB Fettback lässt wissen, er sei mit H. Dr. Riedlbauer vor Ort gewesen und sie hätten erkannt, dass diese Maßnahme sinnvoll sei.

StR Hagel führt aus, Herr Raumel sei oft erfolgreich, da er hartnäckig vorgehe. Dieses Agieren nötige schon etwas Respekt ab. Die Vorlage enthalte jedoch keine großen neuen Erkenntnisse. Für ihn handle es sich immer noch ein Stück weit um Spielerei. In der Pädagogik sei nicht alles Machbare sinnvoll. Das Ergebnis könne genauso gut über einen Beamer mit Laptop erreicht werden. Da es sich finanziell um keine großen Beträge handle, stimme man aber nur dann zu, wenn dies mit aller Macht gewollt werde.

OB Fettback gibt zu bedenken, ohne Beamer sehe man nur das Endprodukt und nicht wie man zu diesem Ergebnis komme.

StRin Drews dankt für die Recherchen. Man habe ein derartiges Gerät an der Mali-Schule getestet und es als sinnvoll erachtet, weshalb die SPD-Fraktion zustimme.

StR Zügel weist darauf hin, dass nur eine Informationsvorlage auf der Tagesordnung stehe, am Ende aber ein Beschluss abgefordert werde. Er meint, man sollte von Luxuslösungen Abstand nehmen.

OB Fettback weist darauf hin, die ursprüngliche Vorlage solle beschlossen werden. Sie sei durch ein Versehen nicht auf die Tagesordnung aufgenommen worden. Er schlägt vor, das Thema ohne Beschlussempfehlung im Gemeinderat zu behandeln.

StR Gehring findet es gut, dass man sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt habe. Ursprünglich habe er auch gedacht, ein Beamer wäre ausreichend, eine interaktive Lösung mit Aktiv-Board sei jedoch besser. Dies stelle in der heutigen Zeit keinen Luxus dar, sondern sei eine notwendige Lösung, um Menschen mehr im Bereich Bildung zu aktivieren und zu motivieren.

Herr Raumel lässt wissen, die Idee zur Beschaffung eines Aktiv-Boards sei in enger Zusammenarbeit mit den Grundschulen entstanden. Es sei deutlich geworden, dass bei Führungen ein anderes Instrument erforderlich sei, um kleineren Kindern beispielsweise zu verdeutlichen, wie die Aufstellung in der Bücherei funktioniere.

**Damit ist die Vorberatung abgeschlossen und es wird vereinbart, das Thema ohne Beschlussempfehlung in der nächsten Gemeinderatssitzung zu behandeln.**



## TOP 5.1 BIFA

StR Späh spricht den Artikel in der Schwäbischen Zeitung zur BIFA an und erkundigt sich nach dem Stand der Angelegenheit und wann eine eindeutige Aussage von der Verwaltung gemacht werde, wie es weitergehe.

EBM Wersch verweist auf den Vertrag mit der Oberschwabenhallen GmbH. Dieser Vertrag sei nicht gekündigt worden und bislang habe man keine anderen Informationen aus Ravensburg, sondern kenne den Sachverhalt auch nur aus der Presse.

OB Fettback fügt an, man gehe davon aus, dass Herr Schaugg gegebenenfalls auf die Stadt zukäme, wenn er der Meinung wäre, dass eine Vertragsänderung erforderlich wäre.

## **TOP 5.2 Europastadt**

StR Späh bringt vor, er habe gehört, dass wenn eine Stadt mindestens vier Partnerstädte im europäischen Umfeld habe, man sich den Titel Europastadt verleihen könne. Dann könnte man über jedes Ortsschild Europastadt schreiben.

OB Fettback erwidert, Frau Engelhardt vom Kulturamt sei bereits mit der Prüfung dieses Sachverhalts beauftragt, er gibt jedoch zu bedenken, dass sich Biberach noch nicht einmal Hochschulstadt auf dem Ortsschild nennen dürfe.

**Hauptausschuss, 06.07.2009, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

- Vorsitzender: ..... OB Fettback
- Stadtrat: ..... Wiest
- Stadträtin: ..... Kübler
- Schriftführerin: ..... Appel
  
- Gesehen: ..... EBM Wersch
- Gesehen: ..... BM Kuhlmann